

Fraktionserklärung von FDP, GLP, SVP und Mitte/EVP

## **Besonnene Reaktion im Betrugsfall des Quartiervereins Witikon gefordert.**

**Schlussfolgerungen aus dem Betrugsfall Witikon sollen nicht zu vorschnellen Reaktionen mit Auswirkungen auf alle Vereine führen, mit denen die Stadt zusammenarbeitet.**

Diesen Frühling bemerkte der Quartierverein Witikon, nach dem unerwarteten Tod des ehemaligen Kassiers, dass die Konten praktisch leer waren. Ein Untersuchungsbericht einer unabhängigen Treuhandgesellschaft bezifferte den Schaden des mutmasslichen Betruges auf rund CHF 100'000.–. Die Revisoren wurden wohl durch gefälschte Belege jahrelang getäuscht.

Alle Quartiervereine der Stadt (vertreten durch die Quartiervereinskonferenz) nahmen den Vorfall sehr ernst, entschlossen sich Massnahmen zu erarbeiten sowie die eigenen Prozesse zu überprüfen. Als Basis dazu dienten die Anhaltspunkte und allgemein vorgeschlagenen Massnahmen des Untersuchungsberichtes. In Absprache mit der Stadtentwicklung wurde vereinbart, dass man die vorgeschlagenen Massnahmen gemeinsam prüft und kommentiert.

Die Stadtentwicklung ist in den Prozess involviert, da alle 25 Quartiervereine der Stadt, rund CHF 400'000.– jährliche Beiträge erhalten. Die Quartiervereine der Stadt vereinen Tausende von Mitgliedern, veranstalten jährlich Hunderte von Veranstaltungen und sind alle ehrenamtlich organisiert durch engagierte Quartierbewohnerinnen und Quartierbewohner. Für die Überarbeitung der Subventionsverordnung sollte eine gemeinsame Position entwickelt werden. Verschiedene Quartiervereine haben dazu wertvolles und umsichtiges Feedback aufbereitet. Leider wurde der Prozess seitens Stadtentwicklung aus personellen Gründen immer wieder verzögert.

Dass nun die Stadtentwicklung per Brief in Befehlsform, ohne Vorankündigung ein unausgeglichenes Potpourri an Massnahmen von allen Quartiervereinen einfordert, verletzt den Grundsatz der vertrauensvollen Zusammenarbeit und greift dem politischen Prozess vor.

So wird beispielsweise die Revision durch eine zugelassene Revisionsstelle nach Revisionsaufsichtsgesetz aller Quartiervereine gefordert. Eine Massnahme die den Verfassern des Prüfberichts (einer zugelassenen Revisionsstelle) sicher entgegenkäme, allerdings massive Kosten nach sich zieht. Rund 10% der jährlichen Beiträge müsste für Revisionsfinanzierung aufgewendet werden. Ebenso stellt sie einen schwerwiegenden Eingriff ins Schweizer Vereinswesen dar, wäre eine massive Ungleichbehandlung der Quartiervereine gegenüber anderen Organisationen und stellt die erspriessliche Zusammenarbeit zwischen Milizorganisationen und den städtischen Behörden in Frage.

Die Fraktionen von FDP, GLP, SVP und Mitte/EVP fordern, dass der Stadtrat von den einseitigen Forderungen absieht, die Arbeit mit der Quartierkonferenz wieder aufnimmt, sich zukünftig in der Kommunikation abstimmt und dass die Stadtentwicklung sich für die Stärkung der Freiwilligenarbeit einsetzt, statt diese zu bekämpfen.